

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

## Band 12

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/127

#### Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-2018

Wer die Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zu Recht ein Sklave.

*Aristoteles (384-322 vor Christus, griechischer Philosoph)*

#### Deutsches Reich

**Souveränität:** Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

**Staatsangehörigkeit:** Die Staatsangehörigkeit richtete sich zum Schluß nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

**Innen- und Außenpolitik:** Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

**Bedeutende Leistungen:** Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren sozialen Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein ...") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel"). Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welt-handelsanteil um 214 % (x090/237).

Im Jahre 1910 verkaufte die deutsche Exportwirtschaft Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Die deutsche Exportwirtschaft wurde durch seine dynamische Entwicklung auch für die anderen europäischen Großmächte und die USA zu einem gefährlichen Konkurrenten.

Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser berichtete später über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...<<

### **Herausragender Politiker: Otto von Bismarck**

Otto von Bismarck (1815-1898, ab 1847 preußischer Abgeordneter, seit 1851 Gesandter des Frankfurter Bundestages, seit Herbst 1862 preußischer Ministerpräsident, seit 1867 Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, von 1871-1890 Reichskanzler des Deutschen Reiches).

Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis.

Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Der deutsche Schriftsteller Ludwig Reiners (1896-1957) schrieb später über die politischen Ziele Bismarcks (x290/528): >>... Bismarcks Ziel war in den ersten 8 Jahren die allmähliche Umwandlung des losen deutschen Bundes in ein festeres Machtgebilde, das den Deutschen mehr Sicherheit bot, als sie in den letzten Jahrhunderten genossen hatten. In den folgenden 20 Jahren war sein Ziel die Sicherung des europäischen Friedens.

Zu seinen Mitteln hat oft die Täuschung seiner Gegenspieler gehört, denn ohne sie hätte er sein Ziel nicht erreichen können; aber er hat sie seltener benötigt als viele andere Staatsmänner seiner Zeit. Um berechtigte Forderungen durchzusetzen, hat er wiederholt, wenn die friedlichen Mittel erschöpft waren, Gewalt angedroht, aber oft ihre Anwendung nicht benötigt.

In den 3 Fällen, in denen sie zur Anwendung kam, war es zweimal – 1864 und 1870 – auch nach dem Urteil Europas – die Schuld seiner Gegner, und auch bei dem dritten Mal, dem Konflikt mit Österreich, wissen wir heute, daß Bismarck vorher nichts unterlassen hatte, um die Einigung Deutschlands ohne Krieg zu erreichen.

Wenn diese beiden Ziele – die Einigung Deutschlands und der europäische Friede – erreicht werden sollten, so benötigte die Natur in dieser unzulänglichen Welt einen Mann von großer Härte! Aus weicherem Holz hätte sie ihn nicht schnitzen können.<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schrieb später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß. Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ... Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ... Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehlichkeiten an. ...<<

Als der "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

### Weimarer Republik

**Souveränität:** Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung).

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals bereits von Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert.

**Staatsangehörigkeit:** Die Staatsangehörigkeit richtete sich nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche

deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

**Innen- und Außenpolitik:** Die Weimarer Republik zählte damals zwar völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, aber die maßgeblichen Politiker versuchten trotz alledem, die Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen (Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrbesetzung etc.). Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte.

Julius Leber (1891-1945, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer) erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

**Bedeutende Leistungen:** In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft, die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde leider nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

### **Herausragender Politiker: Philipp Scheidemann**

Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, seit 1903 Mitglied des Reichstages, rief am 9.11.1918 die Deutsche Republik aus, seit Februar 1919 erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, lehnte die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ab und trat Juni 1919 als Ministerpräsident zurück, von 1920-1933 Mitglied des Reichstages).

Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!

Es lebe die Deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine

Störung der Sicherheit eintrete!

Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...

Es lebe die Deutsche Republik!<<

Ministerpräsident Philipp Scheidemann erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sondersitzung der Deutschen Nationalversammlung (Kundgebung gegen den Versailler Gewaltfrieden) im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780, x069/119): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

>>... Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten?

Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegenbleibt. Dabei würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue.<<

Ministerpräsident Scheidemann trat bereits im Juni 1919 zurück, da er es ablehnte, den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Mathias Forster schrieb später über Philipp Scheidemann (x051/514): >>Scheidemann, Philipp, geboren in Kassel 26.7.1865, gestorben in Kopenhagen 29.11.1939, deutscher Politiker; 1883 zur SPD, 1911 in den Parteivorstand, 1903-33 Mitglied des Reichstages.

Als Wortführer der Reichstagsfraktion forderte Scheidemann im Ersten Weltkrieg gegen die alldeutsche Kriegszielpropaganda einen Verständigungsfrieden und avancierte nach der Parteispaltung 1917 neben Ebert zum anerkannten Führer der SPD. Am 9.11.18 rief er (ohne Eberts Einverständnis) die deutsche Republik aus, um der beginnenden Revolution entgegenzuwirken, und bildete nach der Wahl zur Nationalversammlung am 13.2.19 die erste von SPD, Zentrum und DDP getragene demokratische Reichsregierung.

Am 11.5.19 legte er sich mit den Worten "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich mit uns in diese Fesseln legt" auf die Ablehnung des Versailler Vertrages fest, trat im Juni zurück und wandte sich der Kommunalpolitik zu (1920-25 Oberbürgermeister von Kassel), blieb aber eine politische Figur von reichsweiter Wirkung, u.a. durch seine scharfe Kritik an der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee (1926).

1933 ging Scheidemann ins Exil und ließ sich nach Aufenthalt in Frankreich und den USA schließlich in Dänemark nieder. Schrieb "Memoiren eines Sozialdemokraten" (1928).<<

**Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Franz von Papen**

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumspartei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei; ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).

Der rechte Zentrumspolitiker Franz von Papen (Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) wurde am 1. Juni 1932 durch Reichspräsident Hindenburg zum neuen deutschen Reichskanzler ernannt. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde ("Kabinett der Barone"), regierte zwangsläufig nur mit Notverordnungen.

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") in Preußen durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand beseitigen bzw. absetzen ließ. Die Beseitigung

der demokratischen preußischen Regierung und der pflichtbewußten Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Franz von Papen trat am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln (x054/209).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

Papen vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten

Weltkrieges.

Vizekanzler Franz von Papen gratulierte Hitler am 14. November 1933 während einer Sitzung des NS-Reichskabinetts zur erfolgreichen "Reichstagswahl" (x032/98): >>... Wir, Ihre nächsten und engsten Mitarbeiter, stehen noch vollkommen unter dem Eindruck des einzigartigsten, überwältigendsten Bekenntnisses, das jemals eine Nation ihrem Führer abgelegt hat.

In 9 Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen.

Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt, weil sie fühlten, daß es ihr großer Wunsch war, alle Volksgenossen - gleich wo sie früher standen - unter Ihrer Führung zu vereinen.

Damit ist die nationalsozialistische Bewegung zum totalen Staat geworden. ...

Aus historischer Perspektive dieser Tage betrachtet, wird der 12. November ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, weil von hier aus innere, soziale Wirkungen im Kampf für die abendländische Kultur weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus ausstrahlen werden ...

Der Traum von den zwei Deutschlands, die man gegeneinander ausspielen könnte, ist endgültig ausgeträumt. ...<<

Franz von Papen wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen freigesprochen.

### NS-Regime

**Innen- und Außenpolitik:** Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat

völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

**Staatsangehörigkeit:** 1934 löste das NS-Regime die einzelnen deutschen Staatsangehörigkeiten der deutschen Länder (Bayern, Preußen, Hessen, Württemberger etc.) durch die deutsche Staatsangehörigkeit "DEUTSCHES REICH" ab.

### **Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Adolf Hitler**

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterte Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-220): >>Die Wallstreet kauft Hitler

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat - die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche

Heeresverwaltung.

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege mit, einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld. ...<< Hitler kündigte sein "NS-Vernichtungsprogramm" schon im Jahre 1934 an (x066/77): >>... Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kamen schließlich mindestens 55 Millionen um, darunter waren etwa 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<

Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den merkwürdigsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.

Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicher-

lich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen.

Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Innerhalb von 12 Jahren zerstörte dieser großwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.

Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum. Die Massenverbrechen der NS-Verbrecherorganisation degradierten die jahrhundertlang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter". Vor allem der völlig sinnlose Völkermord an den europäischen Juden wird seit Jahrzehnten erfolgreich genutzt, um das gesamte deutsche Volk mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" zu brandmarken und zu diskriminieren.

### **BRD und DDR**

**Souveränität:** Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählten die BRD und die DDR völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

*Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...*

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

### **Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise**

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

### **Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags**

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

### **Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr**

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

**Gerhard Schröder:** Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

**Gregor Gysi:** Nein, noch nicht ...Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer

noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

**Innen- und Außenpolitik:** Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD und DDR führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän handeln. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

**Staatsangehörigkeit:** In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hieß es u.a. (x859/...): Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. ...<<

In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten sollte (x105/306). In dieser Verfassung der DDR hieß es u.a.: ... "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit".

**Ostdeutschland:** Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete, aber diese Bemühungen währten nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"

Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenem Teil, förmlich geschlossen werden sollte.

Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden". ...

Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.

Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.

Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen

von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.

So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.

Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".

Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.

Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage. ...<<

**Bedeutende Leistungen:** Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag das geschlagene Deutsche Reich fast vollständig in Trümmern. Infolge der jahrelangen Bombenangriffe und Kriegshandlungen waren in Mittel- und Westdeutschland Millionen von Wohnungen vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen – ein Fünftel des gesamten Wohnraums – völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.

Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.

Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen – ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen – 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<

In dieses zerstörte Land - voller Not und Elend -, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sowie ostdeutsche Flüchtlinge aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten, kamen damals zusätzlich noch Millionen von gewaltsam vertriebenen Ostdeutschen, Sudetendeutschen und Volksdeutschen aus Polen und Ungarn. Den Einheimischen, Flüchtlingen und

Vertriebenen mangelte es vor allem an Wohnraum, Nahrung, Heizmaterial und an Kleidung. Obgleich die geschlagenen Deutschen menschenunwürdig hausten, hungerten und froren leisteten sie täglich schwere Wiederaufbauarbeiten. Nicht Männer, sondern mehrheitlich Frauen, Kinder, Greise und Krüppel schufen dort in den bitteren Nachkriegsjahren zwischen Trümmern und Verwüstung aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete z.B. am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der U-Bahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft. ...

100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation waren rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft geraten (x026/36). Nach dem Kriegsende wurden Millionen von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und in anderen Ländern als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Falls die deutschen Kriegsgefangenen die jahrelange schwere Zwangsarbeit lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück.

Die Siegermächte drückten die geschlagenen Deutschen nach dem Kriegsende auf die unterste Stufe des menschlichen Daseins herab, aber die meisten Deutschen gaben trotz alledem nicht auf. Millionen von Vertriebenen jagte man vollständig ausgeplündert und aus ihrer Heimat. Diese Deutschen besaßen praktisch nur noch ihr Leben und ihre Arbeitskraft, ihre geistigen Fähigkeiten und ihr handwerkliches bäuerliches Geschick, doch auch sie waren nicht bereit, widerstandslos aufzugeben, sondern sie wollten überleben und mehrheitlich unbedingt wieder nach oben kommen.

Nach Jahren härtester Wiederaufbauarbeit schafften die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, trotz Hunger, Elend und Not schließlich den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Infolge des unglaublichen Arbeitseifers und des mutigen Unternehmungsgeistes der Deutschen stieg die Industrieproduktion von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/-215).

### **Herausragender Politiker: Kurt Schumacher**

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).

Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 28. Oktober 2000 über Kurt Schumacher (x887/...): >>"**National sein ist Ehrensache!**"

... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren."

Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden".

Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.

Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. ... Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften ... teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von

den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen." <<

### **Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Willy Brandt**

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 30. November 2013 über Willy Brandt (x887/...): >>Nicht nur sein Kniefall polarisierte

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt ... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung".

Willy Brandts Kniefall am Mahnmahl des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte. ...

Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.

Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas länge-

ren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.

Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführen", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.

Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später am 10. Juni 2016 über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".

Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". ...<<

### **Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990: BRD + DDR = DDR 2.0**

**Souveränität:** Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA unterzeichnet. Die Deutsche Demokratische Republik trat danach am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich eigentlich nur um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei abhängigen, unsouveränen Staatsgebilden.

Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Die BRD und die DDR waren lediglich Besatzungsstrukturen der alliierten Siegermächte, aber keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines souveränen Staates.

Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne Besatzungsstrukturen (völkerrechtlich nicht politisch und ökonomisch unabhängige Vasallenstaaten) zusammengeführt.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungsstruktur (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954)

und blieb weiterhin Zwangsmitglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen blendete man damals außerdem kurzerhand komplett aus. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

**Innen- und Außenpolitik:** In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde zwar ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet, aber das neue Verwaltungskonstrukt - BRD und DDR = BRD - übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Aufgrund der eingeschränkten Selbstbestimmung führten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland weiterhin alle Vorgaben des US-Imperiums gewissenhaft und widerstandslos aus.

Nach der sogenannten Wiedervereinigung wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

**Staatsangehörigkeit:** Für die Staatsangehörigkeit der Deutschen gibt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keinen speziellen Artikel.

Im Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes werden die deutschen Staatsangehörigen lediglich als Bewohner bezeichnet.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):

>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

**Ostdeutschland:** Die Regierung der BRD bemühte sich während der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 nie um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete.

Die Bundesrepublik Deutschland trat mit dem deutsch-polnischen "Grenzenerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße Gebiete eigenmächtig ab, obwohl sie weder staats- noch völkerrechtlich Verfügungsberechtigt war, da die Territorialgewalt über Ostdeutschland nach wie vor allein das Deutsche Reich ausübte.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"

... Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.

In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft" völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit." ...<<

Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für

Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. ...

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...<<

**Bedeutende Leistungen:** Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Der staatlich geförderte Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und unterstützte die Herrschaft der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig nicht selten zu den Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen.

Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten danach unentwegt Rechtfertigungsgründe, wie z.B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Rassismus usw., ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.

Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninva-

sion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) werden langfristig den deutschen Industriestandort und das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration vollständig vernichten.

**Herausragende Politiker:** Fehlanzeige!

**Gehorsame Erfüllungsgehilfen und willige Handlanger der Neuen Weltordnung: Helmut Kohl und Angela Merkel**

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Souveränität.

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeut-

schen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".

Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 deutscher Bundeskanzler (x887/...): >>Der Sumpf wird immer tiefer

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteipenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteipenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. ...

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?

**... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung**

... Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden ... Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit zögernd zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte. Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. ...

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität. Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>Deutschland läßt sich aussaugen

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute frei-

willig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

... Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"

... "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekümmert, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...<<

**Angela Merkel** (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

#### **Zitate der Angela Merkel von 1991 bis 2016**

>>Und Anpassung ist auch – selbstverständlich – Teil meines Lebens gewesen. Und ist es heute auch noch.<< (*Gespräch mit Günter Gaus, 28.10.1991 – x323/11*).

>>Ich bin ein relativ sonniges Gemüt, glaube ich, und hatte immer die Erwartung, einigermaßen fröhlich durchs Leben zu kommen, egal, was passiert.<< (*Herlinde Koelbl, Spuren der Macht, Eintrag Oktober 1991 – x323/11*).

>>Mein Großvater väterlicherseits war Pole. Insofern bin ich ein Integrationsprodukt.<< (*Der Spiegel 44/2000 – x323/13*).

>>Deutschland ist keine globale Heilsarmee und die deutsche Politik ist zuallererst dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet.<< (*Rede auf dem CDU-Parteitag, 11.11.2002 – x323/52*).

>>Weil wir den Holocaust als Singularität (Sonderfall) anerkannt haben, können wir heute sagen: Wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind.<< (*Rede auf dem CDU-Parteitag, 1.12.2003 – x323/21*).

>>Ohne eine europäische Verfassung hätte Europa keine Zukunft.<< (*Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, 11.2.2004 – x323/98*).

>>Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert.<< (*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.2004 – x323/52*).

>>Ich will Deutschland dienen.<< (*Dankesrede zur Nominierung als gemeinsame Kanzlerkandidatin von CDU/CSU, 30.5.2005 – x323/22*).

>>Agitation und Propaganda? Ich kann mich nicht erinnern, in irgendeiner Weise agitiert zu haben. Ich war Kulturbeauftragte.<< (*Zu ihrer Position in der FDJ. Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/15*).

>>Die überzeugte Europäerin Merkel ist grundsätzlich skeptisch gegenüber Volksentscheiden, egal um welches Thema es sich handelt.<< (*Angela Merkel. Mein Weg, 2005 – x323/110*).

>>Die NATO hat eine wesentliche Erweiterungsrunde hinter sich, aber wir sind noch nicht am Ende. Wir haben in Bukarest gesagt: Auch die Ukraine und auch Georgien werden Mitglieder der NATO sein.<< (*Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, 7.2.2009 – x323/80*).

>>Mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich sozial – und das macht die CDU aus.<< (*Anne Will, 22.3.2009 – x323/15*).

>>Ich danke den 16 Millionen in Deutschland über die Jahrzehnte stationierten Amerikanern, ohne deren Beistand als Soldaten, als Diplomaten und als Helfer die Überwindung der Teilung Europas unmöglich gewesen wäre. Wir freuen uns auch heute und in Zukunft über amerikanische Soldaten in Deutschland.<< (*Rede vor dem US-Kongreß, 3.11.2009 – x323/34*).

>>Die Sicherheit Israels ist für mich niemals verhandelbar. Im Übrigen wird nicht nur Israel bedroht, sondern die ganze freie Welt. Wer Israel bedroht, bedroht auch uns.<< (*Rede vor dem US-Kongreß, 3.11.2009 – x323/81*).

>>Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung in vielerlei Hinsicht möglich ist.<< (*Rede auf der Konferenz "Falling Walls", 9.11.2009 – x323/92*).

>>Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos, um die Finanzstabilität des Euro-Gebietes zu sichern.<< (*Regierungserklärung zu den angeblichen Hilfen für Griechenland, 5.5.2010 – x323/100*).

>>Moscheen etwa werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein.<< (*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.2010 – x323/54*).

>>Unser Land leidet im Übrigen nicht an einem Zuviel an Islam, sondern an einem Zuwenig an Christentum.<< (*Rede bei dem CDU-Parteitag, 15.11.2010 – x323/25*).

>>Bürgerkriegsflüchtlinge, wie wir sie eventuell aus Libyen zu erwarten haben, sind Flüchtlinge, die unserer Solidarität bedürfen.<< (*Regierungserklärung zum Europäischen Rat, 24.3.2011 – x323/42*).

>>Ich bin heute erst einmal hier, um zu sagen: Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, bin Laden zu töten.<< (*Pressekonferenz, 2.5.2011 – x323/82*).

>>Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhinkommen, an einigen Stellen auch Souveränität, Rechte an andere abzugeben.<< (*Auf dem Evangelischen Kirchentag, 4.6.2011 – x323/93*).

>>Wir müssen akzeptieren, daß die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist.<< (*Videobotschaft, 18.6.2011 – x323/56*).

>>Wir hoffen, daß das Blutvergießen in Syrien sehr schnell vorbei sein wird und auch Syrien einen Weg der Selbstbestimmung gehen kann, ähnlich wie Libyen.<< (*Rede anlässlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Korps, 30.1.2013 – x323/82*).

>>Erstens war ja mit dem Einigungsvertrag und mit dem, öhm, Zwei-Plus-Vier-Abkommen, öhm, eigentlich die Souveränität hergestellt.<< (*Gefragt, ob Deutschland noch unter Besatzungsrecht stehe. Wählergespräch in Stuttgart, 21.8.2013 – x323/37*).

>>Gemeinsam mit Israel treten wir für Menschenrechte ein – für Respekt und Bewahrung der Würde des Einzelnen.<< (*Rede bei der Verleihung des israelischen Staatsordens, 25.2.2014 – x323/83*).

>>Asylgewährung ist kein Akt von Dankbarkeit oder sonst etwas, sondern es gibt ganz klare Voraussetzungen.<< (*Warum sie Asyl für Edward Snowden ablehnt. Sommerpressekonferenz, 18.7.2014 – x323/39*).

>>Die Muslime und ihre Religion, der Islam, sind Teil unseres Landes. Eine Islamisierung sehe ich nicht.<< (*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.2015 – x323/58*).

>>Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das. Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muß es überwunden werden.<< (*Sommerpressekonferenz, 31.8.2015 – x323/43*).

>>Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt kein Obergrenze; das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen.<< (*Rheinische Post, 11.9.2015 – x323/44*).

>>Es ist im Augenblick nicht möglich. Zahlen zu benutzen. Aber das ist auch egal.<< (*Nach aktuellen Flüchtlingszahlen gefragt. Anne Will, 7.10.2015 – x323/45*).

>>Die stärkste Antwort ... an Terroristen ist, unser Leben und unsere Werte weiter so zu leben wie bisher, selbstbewußt und frei, mitmenschlich und engagiert.<< (*Bundestagsrede, 25.11.2015 – x323/65*).

>>Bei uns leben drei Millionen türkischstämmige Bürgerinnen und Bürger. Das sind Men-

schen, für die ich mich genauso verantwortlich fühle wie für diejenigen, die schon jahrhundertlang deutsche Wurzeln haben.<< (*Bundespressekonferenz zu den Terroranschlägen in Ansbach und Würzburg. 28.7.2016 – x323/29*).

Die "Schweriner Volkszeitung" berichtete am 21. November 2015: >>**Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin**

... Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendinggesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingegelt hatten. ...<<

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.

Nach dieser Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohl gemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**

### **Deutschlands große Lüge**

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000 Milliarden Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...<<

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).

Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) dienen nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes den gesamten deutschen Staat unaufhaltsam zerstören.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>Gehört Merkel hinter Gitter?

... Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."

**HÖRT, HÖRT!**

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zu Gunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! -

feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar. ...<<

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.

Diese "staatlich" angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu und werden letzten Endes den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland unumkehrbar zerstören sowie den deutschen Sozialstaat vollständig liquidieren.